



Presseerklärung

Marburg, den 22. Februar 2006

Friedberg fordert Bleiberecht

Stadtverordnetenversammlung Friedberg verabschiedet als erste Kommune Resolution für Bleiberechtsregelung

Morgen Demonstration und Unterschriftenübergabe in Wiesbaden

Der Hessische Flüchtlingsrat begrüßt die Resolution der Stadtverordnetenversammlung Friedberg, welche als erste in Hessen eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge in Deutschland fordert. In dem fraktionsübergreifenden Antrag setzt sich die Stadtverordnetenversammlung für die friedberger Familie Dang ein, die seit 13 Jahren in Deutschland lebt und jetzt von Abschiebung nach Vietnam bedroht ist. Drei der vier Kinder sind in Deutschland geboren. Derzeit hofft die Familie noch, durch die Härtefallkommission beim Hessischen Landtag einen gesicherten Aufenthalt zu bekommen. Die Resolution zielt jedoch auch auf eine allgemeine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge in Deutschland ab.

Schon vor zwei Wochen demonstrierten in Friedberg 500 Menschen für Bleiberecht, innerhalb kürzester Zeit kamen über 4.000 Unterschriften zusammen. Diese sollen morgen im Anschluss an eine Demonstration in Wiesbaden offiziell an den Landtag übergeben werden. Die Demonstration beginnt um 15 Uhr am Hauptbahnhof in Wiesbaden, ab 16 Uhr findet die Abschlusskundgebung am Dernschen Gelände statt.

Die Familie Dang ist jedoch kein Einzelfall. Allein in Hessen leben laut Auskunft der Bundesregierung (BT-Drucksache 16/307) fast 10.000 Menschen, die schon seit fünf Jahren und länger lediglich eine Duldung haben, insgesamt beträgt die Anzahl der Geduldeten in Hessen etwa 15.000. Hinzu kommen noch über 5.000 Menschen, deren Asylverfahren schon seit mehr als zwei Jahren läuft.

Schon seit Jahren fordern Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen eine Bleiberechtsregelung für lange hier lebende Flüchtlinge. Eigentlich sollte die Praxis der so genannten Kettenduldungen mit dem Zuwanderungsgesetz abgeschafft werden, doch die entsprechenden Regelungen werden in der Praxis so gut wie nicht

angewandt. Insbesondere in Hessen werden die diesbezüglichen Paragraphen äußerst restriktiv ausgelegt, obwohl hier ein erheblicher Spielraum besteht. Auch die Härtefallkommission hat bislang lediglich in drei Fällen positiv entschieden und ist damit im bundesweiten Vergleich Schlusslicht. Auf der letzten IMK setzte sich zwar auch Hessens Innenminister Volker Bouffier für eine Bleiberechtsregelung ein, allerdings konnte sich die Innenministerkonferenz nicht auf eine solche einigen. An der restriktiven hessischen Praxis hat sich seitdem jedoch nichts geändert.

Der Hessische Flüchtlingsrat unterstützt die Demonstration und fordert weitere Kommunen auf, dem Beispiel Friedbergs zu folgen und sich für ihre von Abschiebung bedrohten Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Gleichzeitig appelliert der Flüchtlingsrat an das Innenministerium, für die langjährig geduldeten Flüchtlinge bis zu einer möglichen Bleiberechtsregelung einen Abschiebungsstopp zu erlassen. Zudem müssen die humanitären Regelungen des Zuwanderungsgesetzes endlich zugunsten der Betroffenen ausgelegt und so den gut integrierten, lange hier lebenden Menschen eine gesicherte Perspektive ermöglicht werden.

Gez. Timmo Scherenberg,
Geschäftsführer Hessischer Flüchtlingsrat

Resolutionstext und Hintergrundinformationen zum Fall der Familie Dang:

www.internationales-zentrum-friedberg.de